

## DIE FDP STEHT ZUM ELTERNGELD.

### ARGUMENTE

Das Elterngeld gehört zu den wichtigsten und erfolgreichsten Leistungen für Familien in Deutschland. Es sichert die wirtschaftliche Existenz von Familien, ermöglicht Eltern, Zeit mit ihrem Kind zu verbringen und leistet einen **wichtigen Beitrag zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf** und damit zur **Gleichstellung**.

### AUSLÖSER DER DEBATTE

Bundesfamilienministerin Lisa Paus (Grüne) hat vorgeschlagen, das Elterngeld für Paare mit einem zu versteuernden Einkommen von mindestens 150.000 Euro zu streichen. Bisher liegt die Einkommensgrenze bei 300.000 Euro.

### FAKTEN

Im Zuge der Aufstellung des Bundeshaushaltes 2024 waren alle Bundesministerien durch das Bundesfinanzministerium dazu aufgefordert, ihren Beitrag zu leisten, um einen nachhaltig finanzierten Haushalt im Einklang mit der Schuldenbremse des Grundgesetzes zu erreichen.

Bundesfinanzminister Christian Lindner entscheidet **nicht**, wie die Ministerien ihre Haushaltsmittel einsetzen. **Jeder Minister und jede Ministerin trägt selbst die Verantwortung für den eigenen Etat.**

Das heißt, dass die zuständigen Ministerinnen und Minister eigenverantwortlich über Kürzungen entscheiden. Eine Vorgabe, wie das Einsparziel erreicht werden soll, hat es vom Bundesfinanzministerium nie gegeben. **Der Bundesfinanzminister hat lediglich seine Kollegin Lisa Paus darum gebeten, dynamische Kostensteigerungen zu stoppen.** Es wäre Frau Paus also möglich gewesen, die notwendigen Einsparungen an anderen Stellen des Etats des Bundesfamilienministeriums zu erbringen.

Alle anderen Ministerien haben entsprechende Einsparvorschläge für den Haushaltsentwurf der Bundesregierung vorgelegt. Statt selbst Verantwortung für ihre Vorschläge zu übernehmen, hat Lisa Paus versucht, dem Finanzminister den Schwarzen Peter zuzuschieben.

### WAS KOMMT JETZT?

Der Haushaltsentwurf wurde von der Bundesregierung am Mittwoch beschlossen. Damit wurde aber weder der Haushalt beschlossen noch eine Änderung des Gesetzes zum Elterngeld. Der Haushaltsentwurf wird jetzt dem Bundestag zugeleitet und im September im Parlament und im Haushaltsausschuss beraten und im November beschlossen. Bis dahin können Änderungen am Entwurf vorgenommen werden. Für die Freien Demokraten ist nicht verständlich, warum die Ministerin mit dem nun kursierenden Vorschlag die Möglichkeiten für Mittelschichtfamilien, sich die Care-Arbeit fair aufzuteilen, signifikant verschlechtern möchte. **Dieser Vorschlag ist ein Schlag ins Gesicht aller Familien, die ganz wesentlich zum Wohlstand in unserem Land beitragen.** Wir lehnen ihn ausdrücklich ab und werden uns in den Haushaltsverhandlungen für alternative Sparmaßnahmen einsetzen.



**„DASS AUSGERECHNET DIE FAMILIENMINISTERIN PAUS KÜRZUNGEN BEI EINER DER WICHTIGSTEN FAMILIENPOLITISCHEN LEISTUNGEN VORNEHMEN MÖCHTE, MACHT VIELE MENSCHEN VERSTÄNDLICHERWEISE SAUER“**

Ria Schröder MdB, Hamburger Abgeordnete und Bildungspolitische Sprecherin der FDP-Bundestagsfraktion